

„Ohne rechtliche Betreuer kippt das soziale System“

OV,
14.07.16

Mit dieser Kampagne fordern die Betreuungsvereine in Niedersachsen einen höheren Stundensatz

VON MARIE-CHANTAL TAJDEL

Vechta. „Wir sind in großer Not“, sagt Ulrich kleine Stüve. Er ist der Leiter des Betreuungsvereins des Sozialdienstes Katholischer Frauen (SkF). Diesen Satz und noch dazu viele andere hat er vor kurzem auch auf einer Podiumsdiskussion in Hannover vor mehr als 200 Zuhörern ausgesprochen, darunter auch einige Landespolitiker. Denn Ulrich kleine Stüve ist auch Sprecher der Kampagne „Ohne rechtliche Betreuer kippt das soziale System“ der Betreuungsvereine in Niedersachsen.

Sie wollen mit der Kampagne darauf hinweisen, dass seit Mitte 2005 das Vergütungssystem für rechtliche Betreuungen nicht mehr angepasst wurde. Der Stundensatz liegt momentan bei 44 Euro. Damit müssten alle Kosten gedeckt werden, von den Raumkosten bis zu den Fahrkosten. Hinzu komme, dass den Betreuern pro Fall im Schnitt lediglich drei Stunden im Monat zur Verfügung stehe. „Die ständig steigenden Fallzahlen beeinträchtigen unsere Arbeit zusätzlich“, sagt Ulrich kleine Stüve. Und Annette Kröger, SkF-Geschäftsführerin ergänzt, dass die

Betreuungsvereine schon seit Jahren nicht mehr kostendeckend arbeiten würden. „Wir arbeiten defizitär und decken deshalb einige Kosten auch mit Spenden“, gibt sie zu. „Aber das kann natürlich keine Dauerlösung sein“, fordert sie.

Das fordern auch die anderen 58 anerkannten Betreuungsvereine in Niedersachsen, die mit 360 hauptamtlichen Mitarbeitern etwa 10000 Betreuungen pro Jahr leisten. Wer betreut wird, wird von den Gerichten festgelegt. Darunter sind psychisch Erkrankte, Menschen mit Behinderung, Suchtkranke oder Demenzkranke. Die Aufgaben der Betreuer reichen dementsprechend von Gesundheits- und Vermögensbetreuung über Rechts- und Büroangelegenheiten bis zur Unterbringung im Krankenhaus oder einer Anstalt. Im selben Berufsfeld arbeiten übrigens auch Rechtspfleger, Sachverständige und Richter.

Die gesetzlichen Betreuer würden durch den niedrigen Stundensatz aber an der Schwelle zur Existenz stehen, gibt Ulrich kleine Stüve zu Bedenken.

Er und seine Kollegen fordern deshalb, dass der Stundensatz in einem ersten Schritt auf 52 Euro



Appelliert an die Landespolitiker für mehr Vergütung für Betreuer: Kampagnensprecher Ulrich kleine Stüve vom Vechtaer SkF bei der Podiumsdiskussion in Hannover. Foto: Langguth

und in einem weiteren auf 70 Euro angehoben wird. Der Kampagnensprecher findet das nur fair. „Schließlich haben wir, wie unsere Richterkollegen auch, alle studiert.“ Im Vergleich: Ambulante Betreuer können ihre Stunden bereits heute nach dem Sozialgesetz mit 70 Euro berechnen.

Kompliziert macht die Sache allerdings ein Umstand: das Betreuer- und Vergütungsgesetz,

nach dem die gesetzlichen Betreuer bezahlt werden, ist ein Bundesgesetz, das vom Land gezahlt werden muss. Das gibt auch der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Stephan Siemer zu bedenken. „Damit fangen die Probleme an“, sagt er. Denn zunächst müssten sich 16 Bundesländer einigen, bevor in Berlin etwas geschieht. Aber es könnte ein Signal von Niedersachsen ausgehen, fordert er. „Wir wundern

uns, dass trotz der guten Kasenslage einige Probleme nicht angegangen werden“, sagt der Vorsitzende des niedersächsischen Finanzausschusses. Er unterstütze aber das Anliegen der Betreuungsvereine nach einem höheren Stundensatz.

Info: Weitere Informationen zum Betreuungsverein des SkF gibt es unter Telefon 04441/92900.